

Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 08. Februar 2011

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0010

**Integration von Frauen mit Migrationshintergrund./ Teilhabe am Arbeitsmarkt  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.01.2009 -**

Der Integrationsbericht 2007 geht auch auf die Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten ein (Seite 35). Dabei wird festgestellt, dass „*die Erwerbsbeteiligung von Ausländern und Ausländerinnen unterdurchschnittlich [ist]; die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit dagegen überdurchschnittlich.*“ Vor allem Frauen sind hiervon betroffen. Leider liegen keine genauen Zahlen über den Anteil der sozialversicherungspflichtigen erwerbstätigen Ausländerinnen vor. Die Daten aus dem SGB II-Eingliederungsbericht 2007 des Amtes für Soziale Arbeit zeigen jedoch; dass (etwa im September 2006) lediglich 34 Prozent der Ausländer zwischen 18 und 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren (bei den Deutschen immerhin 55 Prozent). Wenn man berücksichtigt, dass die Beschäftigungsquote der Frauen ungefähr fünf Prozentpunkte unterhalb der Männer angesiedelt ist, ist davon auszugehen, dass weniger als 30 Prozent der Ausländerinnen (deutsche Frauen über 48 Prozent) einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen..

Dies bedeutet für die Landeshauptstadt Wiesbaden, dass überdurchschnittlich viele Migranten-Haushalte auf Zuschüsse aus dem SGB II angewiesen sind, obwohl häufig eine Person über ein Erwerbseinkommen verfügt. Denn in Wiesbaden benötigen Familien infolge hoher Mieten und sonstiger hoher Lebenshaltungskosten gerade im Sektor der einfacheren Tätigkeiten häufig zwei Einkommen, um ausreichend versorgt zu sein. Zum anderen ist es Ziel der Integrationsarbeit, dass sich gerade die sozioökonomischen Bedingungen von Migranten und der Aufnahmegesellschaft immer weiter angleichen. Daher ist eine Annäherung der Erwerbstätigen-Quote von Ausländerinnen und Deutschen durchaus ein wesentliches Ziel der Integrationsarbeit.

*Der Ausschuss möge deshalb beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, beispielhafte Projekte und Konzepte zu entwickeln, um die Quote der erwerbstätigen Migrantinnen zu steigern und diese Konzepte dem Ausschuss vorzustellen

---

**Beschluss Nr. 0014**

1. Der mündliche Bericht von Herrn Gleissner (Amt für Soziale Arbeit) wird zur Kenntnis genommen.
2. Sobald der Bericht in schriftlicher Form vorliegt, wird er den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.
3. Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktionen vom 27.01.2009 hat dadurch seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2011

Spallek  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2011

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2011

Dezernat VI  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister